

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussvorsitzende Brigitte Klee
Stellv. Ausschussvorsitzende Jasmin Tegge

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Sabine Gastmann
Ausschussmitglied Petra Kolbe

Mitglied Gruppe Grüne/WBV

Ausschussmitglied Katja Breuer

Mitglied Gruppe BASU/Hammadi

Ausschussmitglied Al-Chafia Hammadi

Mitglied UWG WHV-Fraktion

Grundmandat Horst Dieter Walzner

Freie Jugendhilfe

beratendes Mitglied Bernhard Busemann
Ausschussmitglied Andreas Kout
Ausschussmitglied Rüdiger Schaarschmidt
Ausschussmitglied Peter Siefken
Ausschussmitglied Sylke Siener
Vertreterin Margret Wahrheit

Teilnahme nur am öffentlichen Teil der Sitzung

Teilnahme nur am öffentlichen Teil der Sitzung

Röm.-kath. Kirche

beratendes Mitglied Andreas Bolten

Elternvertreterin

beratendes Mitglied Brigitte Pecht

Lehrervertreterin

beratendes Mitglied Renate Sopp-Dreyer

Stadtjugendpfleger

beratendes Mitglied Jan Gerjets

Erster Stadtrat

Jens Stoffers

Stadtrat

Dr. Jens Gaul

Leiter des Jugendamtes

beratendes Mitglied Carsten Feist

Gäste

Tim Menke	TBW
Thomas Neumann	Jugendamt
Peter Sokolowski	Gast

Protokollführer

Protokollführer Jürgen Broda

entschuldigt fehlten:

Ülkü Abike	Vertreterin d. Interessen ausländischer Kinder und Jugendlicher
Benjamin Lühr	Jugendparlament
Sybille Martfeld	Ev.-luth. Kirche
Manfred Pfaus	Freie Jugendhilfe
Ellen Seehausen	Gleichstellungsbeauftragte

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 11.09.2013
- 3 Vorstellung der BeKA Wilhelmshaven
- 4 Schnittstelle Inklusion und Jugendhilfe - Bericht aus Sicht der Grundschulen
- 5 Vorstellung Projekt "Neustart"
- 6 Information und Meinungsbildung zum Handlungsfeld Jugend und Familie des Verwaltungs- und Organisationsgutachtens der KGSt zur Kooperation zwischen der Stadt Wilhelmshaven und dem Landkreis Friesland
Hinweis: Das Gutachten finden Sie auf der Internetseite der Stadt Wilhelmshaven unter der Adresse http://www.wilhelmshaven.de/portal/info/KGSt-Gutachten_Kooperation_zwischen_WHV_und_FRI.pdf
Unter der Adresse http://www.wilhelmshaven.de/portal/info/20131031_praesentation_gutachten_fri_whv.pdf finden Sie zudem die Präsentation zur Vorstellung des Gutachtens durch die KGSt in der Ratsitzung am 31.10.13.
- 7 Mitteilungen und Anfragen
 - 7.1 Vorstellung Ordnungsdienst
 - 7.2 Sachstand Veräußerung ehemaliger Spielplatzflächen

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Frau Klee eröffnete die Sitzung, stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 11.09.2013

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 11.09.2013 wurde einstimmig genehmigt.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

3 Vorstellung der BeKA Wilhelmshaven

Herr Siefken begrüßte die Mitglieder und Gäste des Jugendhilfeausschusses und stellte anhand einer Power-Point-Präsentation (**Anlage 1**) die Einrichtung „beka“ – Beratung, Kommunikation und Arbeit - Gesellschaft für soziale und berufliche Integration, vor.

Er ging dabei auf die Nutzer im Gebäude des Textilhofes, die Standorte und Arbeitsbereiche der Jugendwerkstatt ein und gab eine Übersicht über die Projekte und sonstigen Qualifizierungsmaßnahmen und Aktivitäten der Einrichtung.

4 Schnittstelle Inklusion und Jugendhilfe - Bericht aus Sicht der Grundschulen

Herr Feist bat die Sprecher der Wilhelmshavener Grundschulen, Frau Kindel und Herrn Pommer, die auf Wunsch des Ausschusses zu dieser Sitzung eingeladen wurden, über die Verbindung zwischen Schule und Jugendhilfe sowie den Herausforderungen durch die Inklusion zu berichten.

Herr Pommer (Rektor der Grundschule Wiesenhof) stellte fest, dass insbesondere die Kinder mit herausfordernden, sozialen Verhalten die Grundschulen vor große Probleme stellten, es sei schwer bis unmöglich jedem einzelnen gerecht zu werden – dies u. a. auch vor dem Hintergrund der zunehmenden Gewaltbereitschaft nicht nur gegenüber Mitschülern sondern auch gegen Lehrkräfte. Besonders wichtig ist die Schulsozialarbeit durch das Jugendamt als Schnittstelle zur Grundschule. Hier werden oftmals jene Versorgungslücken geschlossen, die das Land Niedersachsen bislang offen lässt. Frau Kindel (Leiterin der kath. Grundschule St. Martin) ergänzte, dass die Grundschulen auf die Inklusion nicht genug vorbereitet seien - es an der notwendigen Ausstattung, vor allem aber an Fachpersonal fehle. Zwei Stunden pro Woche und pro Klasse betreue jeweils ein Förderschullehrer die Kinder mit Förderbedarf. Das sei viel zu wenig. Die Schulen bräuchten Schonräume um Kinder mit herausforderndem Verhalten individuell betreuen zu können. Des Weiteren sei eine Ausweitung der Schulsozialarbeit wünschenswert.

Um zu einer Bewertung hinsichtlich der Veränderungen im Unterrichtsalltag aufgrund der Einführung der Inklusion zu kommen sei es noch zu früh. Von den Angeboten des Jugendamtes werden neben der bereits erwähnten Schulsozialarbeit u. a. auch die Hilfen durch die Familienzentren geschätzt.

Herr Feist erläuterte noch die Abgrenzung der systemischen Unterstützung schulischer Sozialarbeit (S-U-S-I) zur Schulsozialarbeit. Der Auftrag sei ein ganz anderer. Dieser bestünde in der systemischen Unterstützung schulischer Integration insbesondere gegenüber Lehrkräften und Eltern – und nicht in der unmittelbaren Lösung der akuten Probleme.

Auf Nachfrage von Frau Gastmann gab Herr Feist bekannt, dass an den Grundschulen Kirchreihe, Siebethsburg, Altengroden, Sengwarden und St. Martin keine Schulsozialarbeit angeboten werde. Hiervon werden laut Schulentwicklungsplanung des Rates zukünftig die Kirchreihe durch den Mühlenweg und Siebethsburg durch die neue Grundschule Stadtmitte mitversorgt werden. Das Land Niedersachsen gewährt für Grundschulen keine Förderung in der Schulsozialarbeit. Im Zuge der Inklusion müsse die Stadt Wilhelmshaven mit steigenden und schwer kalkulierbaren Ausgaben rechnen.

Immer häufiger sei man gezwungen sogar vereinzelt Kinder auszuschließen um überhaupt Unterricht gewährleisten zu können. Selbst in Kindergärten gäbe es bereits Suspendierungen. Man stelle sich die Frage, ob die sicherlich gut gemeinte politische Idee der Inklusion an der Basis umsetzbar sei solange das Land Niedersachsen keinerlei auskömmliche Ressourcen zur Verfügung stelle.

5 Vorstellung Projekt "Neustart"

Herr Siefken stellte dem Ausschuss anhand einer Power-Point-Präsentation (**Anlage 3**) das Projekt „Neustart“ der BeKA Wilhelmshaven vor. Hier ginge es um Schulverweigerer und man verfolge die Ziele der Rückführung in die Schule, des Überganges in eine schulische oder betriebliche Berufsausbildung oder den Wechsel in andere Maßnahmen und Angebote, eventuell auch Therapien.

Das Handlungskonzept basiere auf der Aussage, dass es jedem Kind in Wilhelmshaven ermöglicht werden solle einen qualifizierten Hauptschulabschluss zu erreichen. Im Rahmen der Kooperation seien an diesem Projekt die Hauptschule Bremer Straße, die Hauptschule Nogatstraße, die Franziskussschule, die IGS, die Förderschule Herbartstraße und die Wasserturmschule beteiligt.

Entscheidend für den Projektansatz seien die praxisorientierten Lernangebote in den Arbeitsbereichen der Jugendwerkstatt.

Man hoffe ab Februar 2014 trotz Wegfalls der Landes-/ESF Förderung das Projekt mit vorhandenen Infrarstrukturmitteln fortsetzen zu können.

- 6 Information und Meinungsbildung zum Handlungsfeld Jugend und Familie des Verwaltungs- und Organisationsgutachtens der KGSt zur Kooperation zwischen der Stadt Wilhelmshaven und dem Landkreis Friesland
Hinweis: Das Gutachten finden Sie auf der Internetseite der Stadt Wilhelmshaven unter der Adresse [http://www.wilhelmshaven.de/portal/info/KGSt-Gutachten Kooperation zwischen WHV und FRI.pdf](http://www.wilhelmshaven.de/portal/info/KGSt-Gutachten%20Kooperation%20zwischen%20WHV%20und%20FRI.pdf) Unter der Adresse http://www.wilhelmshaven.de/portal/info/20131031_praesentation_gutachten_fri_whv.pdf finden Sie zudem die Präsentation zur Vorstellung des Gutachtens durch die KGSt in der Ratsitzung am 31.10.13.

Aus dem bekannten Verwaltungs- und Organisationsgutachten der Kommunalen Gemeinschaftsstelle (KGSt) gaben zunächst Herr Stoffers, dann Herr Feist im Rahmen einer Power-Point-Präsentation (**Anlage 4**) dem Ausschuss erforderliche Einblicke in die für die Meinungsbildung relevanten Informationen – und zwar bezogen auf eines von 21 in diesem Gutachten formulierten Handlungsfeldern, dem Handlungsfeld: Jugend und Familie.

Bereits bestehende konkrete und positiv praxiserprobte Kooperationen finden im Gutachten der KGSt keine Berücksichtigung. Die Jugendhilfeausschüsse der Stadt Wilhelmshaven und des Landkreises Friesland wurden von der KGSt (bisher) nicht am Prozess beteiligt.

Auch ohne eine Einkreisung seien darüber hinaus weitere Kooperationen möglich (Regionalisierung Heimunterbringung, APKD, Ferienprogramme, Qualitätsentwicklung Prozesse, z. B. Kinderschutz) oder denkbar (Beratungszentrum, Abstimmung der Jugendhilfeplanung, Einkaufsverbund für Leistungen, gemeinsame Fortbildungen). Weniger sachgerecht hingegen seien gemeinsame Rufbereitschaft, KiTa Versorgung oder eine zentrale Jugendhilfeplanung.

Die KGSt präferiere eine Lösung der Einkreisung und damit die Schaffung eines steuerungsverantwortlichen Jugendamtes auf Kreisebene, schlage jedoch gleichzeitig eine Übertragung aller Aufgaben und Kosten auf die Stadt Wilhelmshaven vor. Damit bliebe der Status Quo erhalten und Synergien seien nicht erkennbar. Die politische Steuerungsverantwortung (=Jugendhilfeplanung) werde jedoch vom Jugendhilfeausschuss der kreisfreien Stadt Wilhelmshaven auf den Landkreis verlagert.

Ohne Zugewinn an Ressourcen entstünde mithin der Verlust der politischen (hin zum Kreisjugendausschuss) und fachlichen Steuerungsverantwortung für die Stadt Wilhelmshaven. Des Weiteren ließen sich die für Wilhelmshaven negativen (Kosten-) Wirkungen der Wanderungsbewegungen vom Kreis in die Stadt durch eine Einkreisung und eine regionale Jugendhilfeplanung **nicht** beeinflussen.

In gemeinsamer Diskussion und Bewertung kam man im Ausschuss zu der Auffassung, dass in vielen Bereichen, u. a. auch zwischen den Wohlfahrtsverbänden in Wilhelmshaven und Friesland bereits sehr gute Kooperationen bestünden, **sich Vorteile einer Einkreisung nicht erschließen würden** – die Arbeit würde in Wilhelmshaven geleistet – die Steuerung jedoch würde dem Landkreis überlassen werden. Man würde die hohe Qualität der bisherigen Arbeit, um die man durchaus beneidet werde, aufs Spiel setzen – man solle doch den bisherigen Weg, mit vielen freien Trägern, weiterverfolgen. Man halte die im Gutachten zum Handlungsfeld Jugend und Familie auf nur wenigen Seiten zusammengestellten Erwägungen für dürftig und nicht ausreichend um daraus folgernd zu dem Ergebnis einer Einkreisung kommen zu können.

7 Mitteilungen und Anfragen

7.1 Vorstellung Ordnungsdienst

Herr Dr. Graul informiert den Ausschuss im Rahmen einer Power-Point-Präsentation (**Anlage 2**) in einer Zwischenbilanz über den seit Mitte Mai 2012 bestehenden kommunalen Ordnungsdienst in Wilhelmshaven.

Er ging dabei neben den Aufgaben, deren Verteilung, den Angeboten und Maßnahmen auch auf die Einsatzbereiche ein. Er machte auf die besondere Bedeutung der Zusammenarbeit, insbesondere auf die Partnerschaft mit der Polizeiinspektion Wilhelmshaven-Friesland, dem Verein zur Förderung der kommunalen Prävention in Wilhelmshaven e. V. sowie der Wirtschaft, den Schulen, Behörden, Vereinen, Institutionen, Organisationen etc. aufmerksam.

Es gehe um die Ahndung, das Aufmerksam machen auf Dinge, die in der Regel schon immer verboten waren und denen man jetzt nachgehe. Das Ärgern, der Frust über solche Ungehörigkeiten sei die Basis einer Pyramide an deren Spitze sich die Kriminalität befindet. Der Ansatz ist – ähnlich der Prävention – dass sich dadurch, dass man bestimmte Dinge nicht mehr duldet, das Verhalten und damit die gesamtgesellschaftliche Lage verbessert.

Drei bis vier Teams bestehend aus Polizei, Ordnungsamt und Ordnungsdienst seien montags bis samstags (bei Bedarf natürlich auch an Sonn- und Feiertagen) i. d. R. zwischen 8:00 Uhr und 19:30 Uhr im Einsatz.

7.2 Sachstand Veräußerung ehemaliger Spielplatzflächen

Dieser TOP wird auf eine der nächsten Jugendhilfeausschusssitzungen vertagt.

Frau Wahrheit und Herr Schaarschmidt verließen die Sitzung um 17:52 Uhr und nahmen nicht am folgenden nichtöffentlichen Teil teil.

Ende des öffentlichen Teils: 17:52 Uhr

Klee
Vorsitzende

Stoffers
Erster Stadtrat

Broda
Protokollführer